

Dezember 2009



Ein Wahldebakel und seine Konsequenzen: Afghanistan zu Beginn der zweiten Amtszeit Karzai

Tina Marie Blohm, FES Kabul, Dezember 2009

- Aus den Wahlen 2009 müssen Lehren gezogen werden, auf afghanischer und internationaler Seite. Die bisherigen Wahlen waren zu teuer, zu kurzfristig organisiert und es wurde zu wenig Expertise bei den Wahl-Institutionen aufgebaut.
- Damit Wahlen als Grundlage für den Prozess der Demokratisierung und nicht als einmaliges Ereignis verstanden werden, muss mehr Kontinuität erreicht werden. Allen voran muss der nachhaltige Aufbau von neutralen und effektiven Rechtsstaatsinstitutionen, dazu gehören im Bezug auf die Wahlen insbesondere die Wahlkommission, die Beschwerdekommision sowie Wahlbeobachtereinrichtungen, betrieben werden.
- Die Regierung Karzai kann Korruption, Misswirtschaft und Straflosigkeit nur dann bekämpfen, wenn das neue Kabinett nach Qualifikation besetzt wird. Aufgrund der vielen vor der Wahl eingegangenen Bündnisse mit lokalen Machthabern ist jedoch zu befürchten, dass diese Loyalität nun gegen Posten in der Regierung Karzai eingetauscht werden. Unklar bleibt weiter, wie die Balance zwischen Reformdruck und Machtbündnissen ausfallen wird.
- Bei aller berechtigten Kritik an der afghanischen Regierung darf die Debatte über Korruptionsbekämpfung kein einseitiges Fingerzeigen sein. Zahlreiche afghanische Politiker und nationale wie internationale Unternehmen haben in den vergangenen acht Jahren von internationalen Geldern profitiert - zum Teil wurden dabei korrupte Praktiken gestärkt. Auch die Geber müssen daher ihre Vorgehensweisen kritisch beleuchten.
- Das Verhältnis zwischen der afghanischen Regierung und verschiedenen internationalen Akteuren, allen voran den USA, ist von Misstrauen geprägt. Fehler einzugestehen, Vertrauen aufzubauen und langfristiges Engagement voranzutreiben, bleibt eine schwierige aber unabdingbare Aufgabe.

Kabul im November 2009 - viele Fragen, wenige Antworten

Der 19. November 2009 in Kabul: Präsident Karzai wird für eine zweite Amtszeit eingeschworen. Schon seit Tagen legen Straßenkontrollen und Absperrungen zur Absicherung der Zeremonie den Verkehr fast lahm. Die Feier zur Amtseinführung findet im Präsidentenpalast unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen statt - nach einem Anschlag auf den Präsidenten 2008 bleibt Karzai öffentlichen Veranstaltungen fern. Ein nationaler Fei-

ertag ist ausgerufen worden, die Bürger sollen daheim bleiben. Der Kabuler Flughafen ist geschlossen, Hubschrauber brummen tief über der Stadt.

Hamid Karzai sagt in seiner Rede zur Amtseinführung all das, was von ihm erwartet wird. Die zwei wichtigsten Punkte lauten: Ein energisches Vorgehen gegen die Korruption im Land und die Befähigung der afghanischen Sicherheitskräfte, binnen fünf Jahren die Sicherheit im Land selber gewährleisten zu können.

Es liegen fast genau drei Monate zwischen dem Wahltag im August und Karzais Amtseinführung. Zweieinhalb Monate hat es gedauert, bis die Unabhängige Wahlkommission (Independent Election Commission, IEC) Hamid Karzai als Wahlsieger verkündet hat. Monate des Auf und Ab. Zuerst die schnelle internationale positive Bewertung der Wahlen, dann immer lauter werdend die Gerüchte über massiven Wahlbetrug, Verhandlungen auf afghanischer und internationaler Seite, Rückzug des Gegenkandidaten vor der Stichwahl und schließlich die Ausrufung des Siegers, für die es keine rechtliche Basis gibt.

Nach Ende der Wahlkrise bleiben Fragen über die Legitimität der Regierung - und wie diese gestärkt werden kann - unbeantwortet und hochaktuell. Laut einer Umfrage von Oxfam International waren die befragten Afghanen bereits vor den Wahlen stärker über den Mangel an Unterstützung durch ihre Regierung beunruhigt als über Angriffe von militanten Taliban¹.

Die Sicherheitslage verschlechtert sich derweil. Auf der Regierung Karzai und internationalen Truppenstellern lastet ein immenser Druck. Die Rhetorik beider Seiten ist rauer geworden, die Geduld schwindet - bei der afghanischen Bevölkerung ebenso wie bei der Bevölkerung der Länder, die militärische und zivile Hilfe leisten. Welcher Schaden wurde während der ersten Amtszeit Karzais und den diesjährigen Wahlen angerichtet, welche Lehren müssen daraus gezogen werden? Und wie könnte es weitergehen? Wie kann die internationale Gemeinschaft ihren Kurs den neuen Realitäten anpassen - und welche Rolle kann sie in den kommenden Jahren in Afghanistan spielen? Dies sind Fragen, die beantwortet werden müssen.

Das politische Erbe der ersten Amtszeit: Strafflosigkeit und Korruption

In der ersten Amtszeit von Präsident Karzai wurden massiv Missständen kultiviert - während eine Vielzahl internationaler Unterstützer weggesehen hat. Macht- und Mittelmissbrauch haben sich ausgebreitet. Nach acht

Jahren des Wiederaufbaus sind staatlichen Institutionen weiterhin schwach, allen voran - als Resultat der Machtfülle des Präsidenten - die gewählten Organe Parlament und Provinzräte. Kontrollmechanismen für das Handeln der Exekutive fehlen. Der Rechtsapparat funktioniert kaum, eine Kultur der Strafflosigkeit ist weit verbreitet, Korruption und Missmanagement blühen. Das derzeit so massiv verwandte Wort der Korruption bezeichnet in Afghanistan ein hochkomplexes und vielschichtiges Netz des Missbrauchs von Funktionen in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Politik. Der Vorteil des Einzelnen dirigiert das Handeln.

Große Worte, minimale Fortschritte

In den Tagen nach der Bestätigung des Wahlsiegers und der Amtseinführung signalisieren westliche Staatsführer, dass man die neue afghanische Regierung mit konkreten Erwartungen konfrontieren werde und Rechenschaftspflicht verlange. Von Erfolgen beim Kampf gegen Korruption, Gesetzlosigkeit und Fehlmanagement werden nicht nur weitere Gebergelder abhängen, sondern auch die Bereitschaft, weitere militärische Unterstützung zu stellen.

Transparency International setzt Afghanistan (nach Somalia) auf Platz zwei der weltweiten Korruptionsliste. In Afghanistan hat fast alles seinen Preis: Von guten Zeugnissen bis hin zum Polizeischutz. Für eine Kfz-Zulassung braucht man im Durchschnitt 51 Unterschriften, und weil jede Unterschrift „bezahlt“ werden muss, liegen die Gesamtkosten bei 400 Dollar (zum Vergleich: Das Monatsgehalt einer Lehrkraft liegt bei 60 bis 120 Dollar).

Die internationalen „Anti-Korruptions-Appelle“ kommen in Afghanistan nur teilweise positiv an. Seit längerer Zeit entwickelt sich eine afghanische Gegenrhetorik: Es sei in der Verantwortung vieler Geberländer, dass die Korruption sich verbreitet habe, da viele Projekte schlecht strukturiert und überwacht werden. Zuviel Geld fließe an externe Berater und Firmen. Ein Aufbau afghanischer staatlicher Kapazitäten finde immer noch zu wenig statt, da ein erheblicher Teil der Entwicklungsprojekte weiterhin parallele Strukturen fördere, für die es keine demokratische Rechenschaftspflicht gebe.

¹ Oxfam International: The Cost of War - Afghan Experiences of Conflict 1978-2009, November 2009

Richtig ist, dass ein Fingerzeigen nicht nur in eine Richtung geschehen darf, auch die Geber müssen ihre Strukturen kritisch beleuchten.² Beunruhigend an der Debatte ist, dass die Sichtweise auf das Handeln internationaler Akteure zunehmend undifferenzierter und negativer wird. Die Geduld der Afghanen schwindet zusehends, mit ihr eine nuancierte Beurteilung des internationalen Engagements.

Vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Korruption ist auch der Verlauf der Wahl 2009 keine Überraschung, sondern muss als Konsequenz der geduldeten Praktiken gesehen werden. Wenn alles käuflich ist, dann sind es auch Wahlregistrierungskarten und Stimmen. Und wenn es keine rechtliche Kontrolle gibt, dann wachsen die Möglichkeiten und der Wille zum Betrug.

Die Wahl 2009 - was müssen wir daraus lernen?

Eine Kernfunktion von Wahlen ist es, einen Mechanismus der Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber ihren Bürgern zu schaffen. Wahlen sind ein dauerhafter Bestandteil von Demokratisierungsprozessen und kein teures einmaliges Ereignis. Jedoch: Im Verlauf von Transformationsprozessen werden Wahlen oft von Gewalt begleitet. Urnengänge sind in Nachkriegsgesellschaften folglich nicht automatisch das stabilisierende Element im Legitimationsprozess, sondern vielmehr Stolpersteine, die von Machteliten genutzt werden, um ihren Einfluss zu testen und zu festigen.

Afghanistan ist ein Paradebeispiel für die Wahlen in Transformationsprozessen. Wenn es keinen Rechtsstaat und keine stabilen Wahlorgane gibt, kann es keine fairen Wahlen geben. Daher muss der Aufbau von Strukturen, dazu gehören die Wahlkommission und ein Beschwerdeorgan genauso wie unabhängige Wahlbeobachter, politische Parteien und eine von allen Seiten anerkannte Schiedsge-

richtsbarkeit, oberste Priorität sein.³ Wenn es keine Sicherheit gibt, kann es keine freien Wahlen geben. Wo Unsicherheit regiert, überlegt der Bürger es sich genau, was es bringt, wählen zu gehen. Wo Unsicherheit regiert, ist es außerdem nicht oder nur unzureichend möglich, Wahlen zu organisieren und zu beobachten. Möglichem Betrug sind Tür und Tor geöffnet.

Der Ursprung der Probleme der letzten Wahl liegt weit vor dem 20. August 2009. Jahrelang wurde der Rechtsstaat mit viel zu wenig Nachdruck aufgebaut. Nach den Wahlen 2004/05 bis Anfang 2009 erfolgte kein strukturierter Kapazitätsaufbau der die Wahl organisierenden Organisationen. Insbesondere die so genannte Unabhängige Wahlkommission, deren neun Wahlkommissare vom Präsidenten ernannt werden, stand schwach und betrugsanfällig da.

Viele der vorgeblich technischen Mängel waren und bleiben extrem politisch, so z.B. die Wählerregistrierung. Verlässliche Zahlen, allen voran einen Zensus, der die einzige Grundlage bieten würde, gibt es nicht. Unter dem Stichwort „weiblicher Wahlbetrug“ fand in den Provinzen im konservativen Osten und Süden des Landes eine Überregistrierung von Frauen statt, sprich ein Großteil war nicht anwesend, weder bei der Registrierung, noch bei der Wahl.

Die Wahlen haben das Misstrauen gegenüber internationalen Akteuren gestärkt. Die schnellen positiven Verlautbarungen am 20. August und in den Folgetagen haben den Eindruck vieler Afghanen bestätigt, nach dem es sich um eine reine „Show des Westens“ (insbesondere der USA) handelte, deren Ergebnis für Geber- und Truppensteller-Länder um jeden Preis ein Erfolg sein musste. Die UNAMA (United Nations Assistance Mission) hat durch ihre zögerliche Einmischung und durch den öffentlich gewordenen internen Streit zwischen dem UN-Sondergesandten Kai Eide und seinem Stellvertreter Peter Galbraith viel Kapital verloren. Ins-

² Siehe Pratap Chattarjee: An Anatomy of the Culture of Corruption, The Huffington Post, 17.11.2009. Siehe auch: Martine van Bijlert: Corruption, corruption, corruption, Afghanistan Analysts Network, www.aan-afghanistan.org, 19.11.2009; Aram Roston: How the US funds the Taliban, The Nation, 11.11.2009

³ Für eine ausführliche Analyse der problematischen Aspekte der Wahlvorbereitung siehe International Crisis Group Report: Afghanistan's Election Challenges, Asia Report 171, 24 June 2009; Thomas Ruttig: Präsident Karzai vor zweiter Amtszeit? Sicherheitsprobleme und Legitimationsdefizite bei den Präsidentschaftswahlen in Afghanistan, SWP-Aktuell, August 2009

gesamt ist es der internationalen Gemeinschaft während dieser Wahlen nicht gelungen, mit einer Stimme zu sprechen.

Die vergessene Wahl der Provinzräte

Wichtig wird es im Anschluss an die Wahlen sein, Provinzräte zu unterstützen und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu ändern, damit der Einfluss und die Kontrollfunktion dieser gewählten Körperschaften gegenüber der Exekutive steigt. Aufgrund der öffentlichen Fokussierung auf die Präsidentschaftswahlen und den massiven Wahlbetrug blieben die Ergebnisse der Provinzratswahlen bisher nahezu ungeprüft. Es gab nur wenige Nachforschungen über das Ausmaß des Wahlbetrugs bei den Provinzratswahlen, obgleich dieser insbesondere im Süden und Osten genau wie bei der Wahl des Präsidenten - hoch gewesen sein wird, was die Legitimationsbasis in Frage stellt. Das derzeitige Mandat der Provinzräte ist schwammig, sie können keine Gesetze verabschieden, eine Budgethoheit ist nicht vorhanden. Experten bezeichnen das System als absurd: Es werden große Mengen von Geld ausgegeben, um Provinzräte zu wählen, doch dann werden sie ignoriert.⁴

Das politische "Wie weiter"?

Die große Frage dieser Tage lautet: In wieweit kann Hamid Karzai einen Neuanfang schaffen? Kann er die Minister, Gouverneure, Berater und Botschafter um sich herum neu positionieren, oder ist er gefangen im Netz der Verpflichtungen, Gerüchte und Meinungen?

Alle Augen richten sich derzeit auf die Kabinettsbildung, doch es gibt wenig Konkretes zu hören. Selbstverständlich kursieren Gerüchte und Listen mit Namen von zukünftigen Ministern, Botschaftern und Gouverneuren, doch dies sind bisher nur Spekulationen. Es wird erwartet, dass es noch Wochen oder Monate dauert, bis das Kabinett sich formiert. Neben der Wahlmüdigkeit liegt ein Gefühl der Unsicherheit in der Luft, es gibt mehr Fragen als Antworten.

Es wird entscheidend sein, wie die Balance zwischen Qualifikationen und Loyalitäten bei der Vergabe der Ministerposten ausfällt. Hamid Karzai hat zur Sicherung seiner Wiederwahl unzählige politische Deals abgeschlossen, und zwar auch mit ehemaligen (teils immer noch notorischen) Kriegsherren und lokalen Machthabern wie General Abdul Rashid Dostum, Marschall Fahim oder Haji Mohaqeq. Dostum ist vor kurzem aus der Türkei nach Afghanistan zurückgekehrt, angeblich war er der Erste, der Karzai nach dem 2.11.09 persönlich zur Wiederwahl gratulierte. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, während der Invasion 2001 die Ermordung von bis zu 2.000 gefangenen Taliban beaufsichtigt zu haben. Doch auch korrupte hochrangige Strippenzieher und neue Akteure gehören zum Machtnetzwerk. Sie werden darauf achten, dass ihnen und ihren Vertrauten die Unterstützung für Karzai in Form von Posten auf nationaler oder Provinzebene zurückgezahlt wird. Ein "Reform-Optimismus" hält sich daher in Grenzen.

Verlorenes Vertrauen

Fraglich ist, ob das Vertrauen zwischen internationalen Gebern und Truppenstellern, allen voran den US-Amerikanern, und der Regierung Karzai wiederhergestellt werden kann. Seit 2006 hat Karzai das Vertrauen in seine internationalen Unterstützer zunehmend verloren. Der Mangel an internationaler politischer und militärischer Unterstützung trieb Karzai dazu, das politische Spiel der Machtbündnisse zu spielen und sich mit loyalen Beratern zu umgeben.⁵

Hinzukommt: Je mehr Karzai dem Drängen nach Reform und Korruptionsbekämpfung von außen nachgibt, desto schwächer wird er in Afghanistan wahrgenommen. Das kann er sich derzeit nicht erlauben. Daher wird er neben Bekundungen zur Reform weiterhin vor allem in Ansprachen an die eigene Bevölkerung Kritik am Vorgehen internationaler Akteure üben. Das dieses Jahr debattierte Modell, eine Art "Chief of Executive" oder Ministerpräsidenten im Kabinett einzuführen, der das Tagesgeschäft organisieren und auch für

⁴ The Boston Globe, Little Power for Afghan elected local councils, September 28, 2009

⁵ Elizabeth Rubin: Karzai in his Labyrinth, The New York Times, 4.8.2009

internationale Geber als akzeptierter Ansprechpartner dienen würde, scheint vom Tisch. Karzai hat sich nie für die Schaffung dieses Postens, welcher seine Macht schmälern würde, erwärmen können und die Debatte ausgesessen.

Die Chancen und Risiken einer Loya Jirga

Von vielen Seiten wird ein breiter Konsultationsprozess gefordert, der über die weitere Entwicklung Afghanistans und das geeignetste politische System berät. Nach seiner Vereidigung sprach sich auch Karzai für eine Loya Jirga zur Versöhnung mit den Aufständischen im Land aus, ohne auf Details einzugehen.

Die Verfassung sieht das Instrument einer großen Ratsversammlung, Loya Jirga, als „höchste Manifestation des Willens des afghanischen Volkes“ vor. Ein grundlegendes Problem der afghanischen Regierungsform besteht darin, dass der Präsident weitreichende Machtbefugnisse hat. So ernennt er z.B. nicht nur die Minister (die allerdings vom Parlament bestätigt werden müssen) sondern auch die Gouverneure und Wahlkommissare. Es könnte die Chance bestehen, durch eine verfassungsgemäße Loya Jirga wichtige Änderungen der Verfassung anzustoßen.

Abdullahs im Wahlkampf verkündeten Ziele könnten dabei Agendapunkte sein: Von einer präsidentialen zu einer parlamentarischen Demokratie zu wechseln, die Befugnisse der Zentralregierung einzuschränken (insbesondere im Hinblick auf die Besetzung von Regierungsposten auf Provinz- und Distriktebene) und das einfache, nicht-übertragbare Stimmrecht (single, non transferable vote) durch eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht zu ersetzen.

So wünschenswert einige dieser Reformen sein mögen, die Regierung Karzai wird an ihrer Machteinschränkung wenig Interesse haben. Und es gibt eine weitere Hürde: In einer verfassungsgemäßen Loya Jirga sitzen neben den Vertretern des Unter- und Oberhauses auch die Vorsitzenden der Provinzräte und der Distrikträte - letztere sind noch nicht gewählt worden. Hinzu kommt die Gefahr, dass die Verfassung weit geöffnet würde - für alle Arten von Änderungen und dies in einem langwierigen Prozess. Kritiker

einer verfassungsgemäßen Loya Jirga unterstreichen daher, dass viele wichtige Gesetzesänderungen auch ohne dieses Gremium vollzogen werden können.

Doch viele Gesetzesnovellierungen stecken fest, so z.B. das Wahlgesetz, das Statut der Wahlbeobachtungskommission und das Parteiengesetz. Die Novellierung des Wahlgesetzes von 2005 hängt im Parlament fest. Die strittigen Punkte sind die Anzahl der Sitze für die Kuchi, ein Normadenvolk, und die Verteilung der Wahlzentren. Viele internationale Beobachter betrachten die im Entwurf enthaltene "Afghanisierung" der ECC (**Electoral Complaints Commission**), also die Abschaffung der internationalen Kommissare in diesem Gremium, mit großer Sorge.

Wenn ein breit angelegter Diskurs innerhalb der Verfassung nicht möglich ist, muss überlegt werden, wie dieser außerhalb der Verfassung gewährleistet werden kann. Solch ein Vorgehen könnte sich an den Loya Jirgas von 2002 und 2003 orientieren und erfordert einen langen vorausgehenden Konsultationsprozess auf lokaler Ebene. Einem außerverfassungsgemäßen Prozedere ist jedoch entgegenzuhalten, dass ein auf Jirgas und Shuras aufbauender Prozess die gewählten Organe Parlament und Provinzräte weiter marginalisieren würde.

Und wieder ein Wahljahr: 2010 - Parlament und Distrikte?

2010 soll es Parlamentswahlen geben. Derzeit ist das Datum ungeklärt, laut Gesetz sollen sie im Mai 2010 stattfinden. Viele Beobachter bezweifeln, dass dieser zeitliche Rahmen eingehalten werden kann, ein Datum im Herbst gilt als wahrscheinlicher. Klarheit über den zeitlichen Rahmen und ein baldmöglichster Beginn der Vorbereitung der Wahlen sind unabdingbar. Da 2009 alle Akteure mit den Präsidentschafts- und Provinzratswahlen beschäftigt waren, gibt es bisher nur eine minimale Vorbereitung, die Geberbereitschaft ist nach den Wahlen 2009 gering.

Ob sich Struktur und Wahrnehmung der IEC im kommenden Jahr ändern werden, ist mehr als fraglich. Wichtig ist es jetzt, darauf zu achten, dass bei der IEC ein massiver Aufbau von

Kapazitäten erfolgt. 2009 wurden zum großen Teil neu eingestellte und schlecht ausgebildete lokale Mitarbeiter beschäftigt. Diese wurden durch eine große Zahl an kurzfristigen internationalen Fachkräften ergänzt, die aus Zeitmangel wenige Kapazitäten aufbauen konnten und derzeit wieder massiv abgezogen werden. An vorderster Stelle muss also der langfristige Aufbau neutraler, von allen Seiten akzeptierter Wahlgremien stehen.

Wie in der Verfassung von 2004 und im Wahlgesetz von 2005 vorgesehen, soll die Wahl der Distrikträte alle fünf Jahre erfolgen. Seit 2005 wird diese aufgrund der mangelnden Sicherheit verschoben. Der bisherige Plan war, Distriktratswahlen gleichzeitig mit den Parlamentswahlen 2010 stattfinden zu lassen. Es ist jedoch unklar, welche Rolle die Distrikträte haben werden. Zudem ist die Ziehung der Distriktgrenzen hoch umstritten. Da die afghanische Regierung wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, die administrativen Vorbereitungen zu treffen und legislativen Grundlagen zu schaffen, scheint eine Wahl der Distrikträte 2010 derzeit unwahrscheinlich.

Fazit

Das politische System Afghanistans steckt in einer Legitimationskrise, die Ungewissheit über den weiteren politischen Kurs bleibt bestehen. Um diese Instabilität, die den Aufständischen in die Hände spielt, zu überkom-

men und Wahlen als Motor eines afghanischen Demokratieprozesses zu gestalten, müssen massive und langfristig angelegte Rechtsstaatsreformen und damit einhergehend die Unterstützung des Aufbaus staatlicher Strukturen im Zentrum des internationalen Engagements stehen.

Die Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung wird dabei nicht leichter werden. Viel wird von dem Reformwillen des Präsidenten und der Kompetenz und Fähigkeit neuer Minister, den ministeriellen Unterbau zu reformieren, abhängen. Vom Willen und den Erfolgen der afghanischen Regierung, gegen Korruption und Gesetzlosigkeit anzugehen, hängt wiederum die Bereitschaft von Gebern und Truppenstellern ab, sich weiter und stärker zu engagieren.

Die Angst der afghanischen Bevölkerung, dass eine Einschränkung des Engagements oder gar ein Abzug - auch von deutscher Seite - droht, ist schon jetzt zu spüren. In einem Klima der Ungewissheit und des Misstrauens versuchen viele, jetzt zu „nehmen, was zu bekommen ist“. Viele Menschen fühlen sich gezwungen, sich vorsichtig zu verhalten und gegebenenfalls neue Allianzen zu schmieden. Ehrlichkeit - innerhalb und außerhalb Afghanistans - den eigenen Fehlern gegenüber und im Umgang miteinander muss der erste Schritt sein. Im Anschluss ist es höchste Zeit, auf Einsichten Taten folgen zu lassen.

Ansprechpartner:
Daniel Reichart, Tel.: 030/26935-7450, E-Mail: Daniel.Reichart@fes.de (verantwortlich)
Ingo Schafhausen, Tel.: 030/26935-7451, E-Mail: Ingo.Schafhausen@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastrasse 28, 10785 Berlin, Fax: 030/26935-9211

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.